Das Denkmal „Schuhe am Donauufer“ in Budapest erinnert an die 1944/45 von ungarischen Pfeilkreuzlern am Donauufer ermordeten Jüdinnen und Juden. Foto: Nikodem Nijaki, https://commons.wikimedia.org, CC BY-SA 3.0

NS-VERHERRLICHUNG STOPPEN!

BERLIN | RIGA | SOFIA BUDAPEST | KÄRNTEN

VVN-BdA

Nazi-Aufmärsche bedrohen die Demokratie in Europa

Im Windschatten der in allen europäischen Ländern stärker werdenden sogenannten rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen haben sich in den letzten Jahren weitere, und zwar gänzlich ungeschminkt, neo-nationalsozialistische Bewegungen etabliert. Ihren Schwerpunkt haben sie in Osteuropa, insbesondere in den Ländern, die während des Zweiten Weltkrieges aktiv mit Nazi-Deutschland zusammengearbeitet haben. Zeitliche und räumliche Kristallisationspunkte sind die Ehrungen eben der Täter von gestern, der Kriegsverbrecher und Massenmörder.
Die jeweiligen Behörden können oder wollen dem nichts entgegensetzen, wenn sie nicht gleich selbst formell oder informell zum Gelingen beitragen. Wer meint, darüber hinwegsehen zu dürfen, wer trivialisiert, relativiert, abwinkt und ablenkt, wie es z.B. die lettische Botschaft Jahr um Jahr gerne tut, muss sich folgendes vorhalten lassen:

Gemeint wie gesagt

Jedes Hakenkreuz, jede SS-Rune, jede Nazi-Uniform, die in Europas Städten gezeigt und getragen werden darf, ist für Neonazis Ansporn. Sie sind – anders als in unserer Medien- und Konsumwelt, in der Anspielungen auf die NS-Symbolik gar nicht so selten sind – genauso gemeint, wie ihre Erfinder sie gedacht haben. Sie beinhalten die Selbstermächtigung zu Mord und Totschlag, und zwar aus Chauvinismus, Rassenwahn und Antisemitismus. Es geht um nichts weniger als die Vorbereitung eines neuen Anlaufs zum Terror.
Die Aufmärsche, Kundgebungen und Wehrsportübungen in Riga, Sofia, Budapest und anderen Orten stellen eine Herausforderung für die demokratische Entwicklung der betreffenden Länder, eine Bedrohung für nationale Minderheiten und für den Frieden dar. Der Kundgebungsrhythmus verbindet Neonazis vieler Länder, man tauscht sich untereinander rege aus und schmiedet Allianzen.

Hoffnungen für deutsche Neonazis

Für eine bestimmte Gruppe von Teilnehmenden stellen diese Veranstaltungen aber eine ganz besonders große Ermutigung dar. Wer aus Dortmund oder einer anderen deutschen Stadt anreist, kann sich im Osten ganz besonders wohl fühlen. Endlich einmal in aller Öffentlichkeit, oft ohne Einschränkungen, zu den Leitbildern, Parolen, Losungen und Symbolen des NS-Regimes stehen zu können, muss für sie sehr befriedigend sein. Ein Möglichkeitsraum entsteht, den es gar nicht geben dürfte.
Die Aufmärsche in Osteuropa schlagen somit auf die deutsche Gesellschaft zurück und finden im August in der Neuauflage der Rudolf-Heß-Märsche in Berlin auch ihren Höhe- und Kulminationspunkt.

Und der Widerstand?

Der gesellschaftliche Widerstand gegen diese Welle der Nazi-Glorifizierung ist in den meisten Ländern erschreckend schwach und vereinzelt. Es ist unsere Aufgabe, alles dazu beizutragen, die Zusammenhänge zwischen den Ereignissen aufzudecken, Aktivistinnen und Aktivisten in Osteuropa zu unterstützen und alles dafür zu tun, dass diese Kristallisationspunkte verschwinden – so lange es noch geht. *Thomas Willms*

Berlin „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“

Seit zwei Jahren ereignet sich in Berlin ein längst überholt geglaubtes Spektakel um den ehemaligen „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß. Neonazis marschieren durch die Hauptstadt, um dem angeblichen „Friedensflieger“ und der nationalsozialistischen Ideologie zu huldigen. Mit der These, dass der Tod des hochbetagten Heß ein Mordkomplott gewesen sei, haben sich Faschisten um den NPD-Funktionär Sebastian Schmidtke ein für klassische Neonazis identitätsstiftendes Event in die Hauptstadt geholt.

Tradition des Heß-Marsches

Schon Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre marschierten faschistische Gruppen am Grab von Rudolf Heß in Wunsiedel auf. Sämtliche Vertreter der neonazistischen Szene die sich damals engagierten, sollten auch in den folgenden Jahrzehnten, oft bis zu ihrem Tod, wichtige Funktionen in unterschiedlichen faschistischen Gruppen und Parteien übernehmen. Auch Mitglieder des NSU beteiligten sich 1996 an einem Heß-Marsch in Worms. Die szeneinterne Wirkung des Heß-Gedenkens kann damit kaum überschätzt werden. In seiner Geschichte hat das Gedenken an Heß unterschiedlichen Zulauf erhalten. Auch die Gegenproteste hatten in den 2000er Jahren an Fahrt aufgenommen und fanden 2004 mit der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!“ einen gemeinsamen Ausdruck. Als

Antifa-Plakat, Foto: Archiv, sowie Rudolf-Heß-Marsch 2018 in Berlin, Foto: Getty Images/Omer Messinger

im gleichen Jahr über 5.000 Nazis aus der ganzen BRD in Wunsiedel zusammenkamen, wurde es auch dem deutschen Staat zu bunt. Für das folgende Jahr wurde die „Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft“ unter Strafe gestellt. Damit war den Nazis die Möglichkeit genommen worden, weiterhin in Wunsiedel aufzulaufen. Bis auf die „Trauermärsche“ in Dresden konnten sämtliche Ersatzveranstaltungen und Ersatzkonzepte nicht die gleiche innere und äußere Wirkung entfalten wie der Heß-Marsch.

Neustart des Nazi-Aufmarsches

Nach Jahren der trügerischen Ruhe hatten Christian Häger vom Aktionsbüro Mittelrhein und Sebastian Schmidtke aus der Berliner NPD für 2017 die Idee, den Heß-Marsch in Berlin-Spandau, dem Todesort von Heß, abzuhalten. Es gelang ihnen, große Teile des Kameradschaftsspektrums und andere „klassische Neonazis“ zu mobilisieren und so aus dem Stand bis zu 1.400 Faschisten in Spandau und Falkensee auf die Straße zu bringen. Das verdeutlicht die Bedeutung, die der Heß-Marsch für Neonazis nach wie vor hat. Umso unverständlicher ist es, dass sich der rot-rot-grüne Senat in Berlin nicht veranlasst sah, für 2017 und 2018 jeweils ein Verbot des Heß-Gedenkens zu erwirken, handelt es sich hier doch ganz klar um die Billigung, Verherrlichung und Rechtfertigung des deutschen Faschismus. Da die Annahme, der Staat würde sich um faschistische Umtriebe schon kümmern, erwiesenermaßen falsch ist, gab es auch 2017 und 2018 Versuche, den Aufmarsch der Faschisten zu stören. War 2017 in den Augen der antifaschistischen Aktivisten noch ein relativer Erfolg, weil trotz kurzer Mobilisierungszeit viele Leute auf die Straße gebracht werden konnten, muss 2018 als desaströs angesehen werden. Staat und Nazis arbeiteten buchstäblich Hand in Hand. Die Berliner Regierung rollte den Neonazis den roten Teppich aus, auf dass sie in den nächsten Jahren wieder kommen werden. Der antifaschistische Gegenprotest hätte sicherlich besser organisiert sein können und taktische und strategische Fehleinschätzungen haben dazu beigetragen, dass die Neonazis im Prinzip ungestört durch die Berliner Innenstadt demonstrieren konnten. Aber die Hauptschuld für das Debakel von 2018 und die Tatsache, dass auf Jahre hinaus Neonazis in die Hauptstadt pilgern werden, um einer zentralen Person des deutschen Faschismus zu gedenken, hat der rot-rot-grüne Senat in Berlin.

Florian Gutsche

Riga „Tag der Legionäre“

Seit 1991 versammeln sich alljährlich am 16. März in der lettischen Hauptstadt Riga tausende Menschen zu einem Gottesdienst in der St. Johannes-Kirche, einem Ehrenmarsch zu Ehren der lettischen Verbände der Waffen-SS und einer fahnenumsäumten Kundgebung am Freiheitsdenkmal. Das ist eine der größten regelmäßigen Demonstrationen in Europa zur offenen Ehrung von NS-Tätern. Von 1991 bis 1998 war der „Tag der Legionäre“ sogar Nationalfeiertag. Nach Anschlägen auf eine Synagoge und die russische Botschaft 1998 nahm die Regierung zumindest offiziell Abstand von dem nationalistischen Getöse. Die Demonstranten, unter ihnen nur noch wenige

Veteranen aber viele Nachfahren, sehen in den ehemaligen Nazi-Kollaborateuren lettische Freiheitskämpfer gegen die Sowjetunion. Sie hätten unglücklicherweise „auf der falschen Seite der Geschichte gestanden“. Ein großer Teil der jungen Männer wäre zwangsrekrutiert bzw. als Wehrpflichtige ausgehoben worden. Diese Bewertung für die lettische Waffen-SS hat sich nach 1990 in Lettland durchgesetzt; man findet sie zum Beispiel auch im offiziösen Rigaer „Okkupationsmuseum“.

Freiwillige Massenmörder

Was die nationalistische Erzählung allerdings verschweigt: Der Kern und das Offizierskorps dieser Einheiten waren militante Antisemiten. Der sogenannte „Selbstschutz“ und das berüchtigte „Kommando Arājs“ beteiligten sich aktiv am Holocaust. Sie sind für annähernd 30.000 Morde an lettischen Jüdinnen und Juden verantwortlich. Kurz nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Riga, im Juli 1941, starben in der größten Synagoge der Stadt ungefähr 300 Menschen. Die „Freiheitskämpfer“ hatten sie in die Synagoge getrieben, die Türen mit Brettern vernagelt und das Gebäude anschließend in Brand gesetzt. Mit diesem Massenmord begann in Riga eine Welle von Pogromen. Die nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht aufgestellten lettischen Polizeieinheiten begannen mit den Mordaktionen an der jüdischen Bevölkerung Lettlands und jenen jüdischen Menschen, die aus dem deutschen Reich ins Ghetto Riga verschleppt worden waren.

Aktionen des Kommando Arājs richteten sich auch gegen Insassen von psychiatrischen Krankenhäusern. Die Mitglieder dieser Mordkommandos wurden 1943 in die lettischen Waffen-SS-Einheiten eingegliedert und deren Reihen mit lettischen Wehrpflichtigen aufgefüllt.

Insgesamt wurden in Lettland rund 70.000 lettische Jüdinnen und Juden ermordet. Dazu kamen etwa 200.000 weitere aus Deutschland, die vor allem in das Ghetto Riga deportiert worden waren.

Ein Teilnehmer am „Tag der Legionäre“ in Riga, Foto: r-mediabase.eu/Jochen Vogler, sowie die VVN-BdA-Delegation bei Gegenprotesten in Riga 2014, Foto: Archiv

Rückkehr an den Tatort

Am 16. März 1944 gewannen die beiden lettischen SS-Freiwilligen-Divisionen am Ladoga-See bei Leningrad ein Gefecht gegen Einheiten der Roten Armee. Ihr Kampf verlängerte den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und richtete sich auch gegen die Anti-Hitlerkoalition. Dieses Ereignis nahm die 1945 von Waffen-SS-Veteranen in Belgien gegründete lettische Exilorganisation „Daugavas Vanagi“ („Habichte der Düna“) seit den 1950er Jahren zum Anlass, den 16. März als Gedenktag zu Ehren der Waffen-SS zu begehen. Heute gehört „Daugavas Vanagi“ zusammen mit der Partei Nacionālā apvienība („Nationale Allianz“) zu den Organisatoren des Aufmarsches, an dem regelmäßig auch Nationalisten und Neonazis aus Litauen, Polen, der Ukraine, Skandinavien und Deutschland teilnehmen.

Proteste und Repressionen

Lettische Antifaschistinnen und Antifaschisten wie das Lettische Antifaschistische Komitee, Angehörige der russischen Minderheit und der jüdischen Gemeinden, protestieren seit Jahren gegen den Aufmarsch. Sie werden international unterstützt durch das Simon-Wiesenthal-Zentrum, die FIR und die VVN-BdA – mit kleinen Kundgebungen in Riga selbst, aber auch vor lettischen Botschaften und Konsulaten in Europa. Die Organisatoren der Proteste in Lettland

Naziaufmarsch am „Tag der Ehre“ 2014, Foto: pusztaranger.wordpress.com, sowie das Denkmal „Schuhe am Donauufer“

werden engmaschig von der Lettischen Sicherheitspolizei überwacht, internationale Unterstützer wurden auch schon direkt am Flughafen abgefangen und ausgewiesen. Das passierte z.B. fünf Mitgliedern der VVN-BdA im März 2016. Gerade deshalb müssen die Proteste weiter gehen. *Markus Tervooren*

Budapest „Tag der Ehre“

Im europäischen Veranstaltungsplan der Neonazis gibt es einige Überschneidungen. Eine davon betrifft die Veranstaltung der ungarischen Neonazis, den „Tag der Ehre“, der terminlich in Konkurrenz zum Bombenkriegsaufmarsch in Dresden und zum Lukov-Marsch in Sofia steht. Trotzdem fanden in Budapest zwischenzeitlich nach Dresden die zweitgrößten Nazi-Aufmärsche in Europa statt.

Wehrsport in Ungarn

Der Demonstrationsanlass der Neonazis ist das Datum eines militärischen Ausbruchsversuchs von SS-Verbänden, Wehrmacht und ungarischem Militär im Februar 1945, während der Befreiung der Stadt durch die sowjetischen Streitkräfte. Es war ein letztes – blutiges – Auflehnen der faschistischen Militärs gegen die drohende Niederlage. Zur Erinnerung an dieses Ereignis finden seit Ende der 90er Jahre Kundgebungen und öffentliche Aufmärsche ungarischer und europäischer Neonazis statt. Zu den Besonderheiten dieser Aktion gehört seit einigen Jahren auch eine Wehrsportübung – der sogenannte „Ausbruchsmarsch“ auf verschiedenen, bis zu 60 km langen Marschwegen.

Naziskins aus ganz Europa

Federführend ist bei der Organisation die „Bewegung für die Einheit der Heimat“ unter Leitung der ungarischen Division des Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“. Obgleich die B&H-Gruppe seit 2004 auch in Ungarn verboten ist, steht der Durchführung wie auch dem regen Präsentieren von B&H-Insignien nichts im Wege. Um dem ungarischen Versammlungsrecht Genüge zu tun, meldet eine Privatperson die Veranstaltungen an. Dass diese selbst zu den führenden B&H-Aktivisten zählt und in dieser Funktion mehrere Fernseh-Interviews gab, spielt dabei keine Rolle. Die Teilnehmerzahlen liegen immer bei mehreren hundert, zum Teil auch über 1.000 Personen.

Die anreisenden Neonazis kommen aus verschiedenen Teilen Europas. In einer neofaschistischen Selbstdarstellung wurden für 2018 als Teilnehmende aufgelistet: Sixty-Four Counties Youth Movement, Hammerskins, Skins 4 Skins, B&H/C18 Ungarn, Bulgarien, Italien und den Niederlanden, Vertreter des Nordic Resistance Movement aus Schweden sowie Nationalisten aus Polen und Russland.

Auch deutsche Neonazis sind regelmäßig mit größeren Abordnungen und prominenten Vertretern präsent. In den vergangenen Jahren konnte man auf den verschiedenen Nazi-Seiten Berichte und Bilder der Delegationen finden. 2007 trat Udo Voigt (NPD, MdEP) in Budapest auf und bescheinigte der Waffen-SS, einen „makellosen Heldenkampf“ geführt zu haben. 2018 waren Nazis der Partei „Die Rechte“, vom III. Weg, der NPD, der Europäischen Aktion und freier Kameradschaften in Budapest.

Schwieriger Widerstand

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Versuche, Widerstand gegen die Aufmärsche zu organisieren. Die FIR-Organisation MEASZ, jüdische Studentengruppen, antifaschistische Initiativen und Vertreter

der Zivilgesellschaft organisierten u.a. im Jahre 2010 eine größere antifaschistische Demonstration. Aber die Mehrheitsverhältnisse in Ungarn erschweren antifaschistische Aktionen stark, so dass es in den letzten Jahren zu keinen öffentlichen Protesten gegen den Aufmarsch mehr gekommen ist.
Als die Behörden 2018 versuchten, ein formelles Verbot der Aktionen auszusprechen, wurde es vom Gericht aufgehoben. Einzig die Nutzung des „Heldenplatzes“ wurde den Neonazis verwehrt. Sie starteten ihre Aktion daraufhin von der westlichen Donauseite.
Schon jetzt kursieren Aufrufe zum „Tag der Ehre 2019“ im Netz. Es steht zu erwarten, dass erneut mehrere hundert Neonazis aus ganz Europa die ungarischen Faschisten unterstützen werden. Eine antifaschistische Mobilisierung dagegen ist leider noch nicht erkennbar. *Vilmos Hanti, Ulrich Schneider*

Sofia
Der „Lukov-Marsch“

Seit 2003 organisieren Neofaschisten, extreme Rechte und Nationalisten aus Bulgarien und anderen europäischen Ländern Mitte Februar einen öffentlichen Aufmarsch in Sofia. Dabei präsentieren sie Nazi-Uniformen und faschistische Symbole und hetzen gegen Flüchtlinge, Ausländer und die türkische Minderheit im Land. Der Aufmarsch findet zu Ehren von General Hristo Lukov statt, der nach dem Zweiten Weltkrieg von Partisanen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hingerichtet wurde. General Lukov war bulgarischer Kriegsminister und Leiter der ultranationalistischen Organisation „Union der nationalen bulgarischen Legionen“. Er war ein extrem brutaler Unterstützer von Hitler. In der Regierung wirkte er mit aller Kraft darauf, sich an der rassistischen Vernichtungspolitik zu beteiligen und bulgarische Juden in die faschistischen Todeslager zu deportieren. Er unterstützte auch die Idee, zehn bulgarische Divisionen an die Ostfront gegen die Rote Armee zu schicken. All das ist in Bulgarien und Europa bekannt.

Lukov-Marsch 2017, Foto: Getty Images/NurPhoto, sowie Anti-Lukov-Marsch-Demonstration 2017 in Sofia, Foto: The Sofia Globe

Fackelmarsch in Sofia

Dennoch findet ihm zu Ehren der Fackelmarsch statt. Mit Nazi-Symbolik, mit neofaschistischen Losungen auf Transparenten und mit Hass-Parolen demonstrieren die Gefolgsleute dieses „Idols“ ihre faschistische Ideologie. Die Teilnehmerzahl lag in den vergangenen Jahren immer bei etwa 1.000 Personen. Zumeist waren es jugendliche Demonstranten, Anhänger verschiedener neofaschistischer Gruppen, Skinheads mit entsprechenden Tätowierungen und Fußball-Hooligans. Begleitet wird der Aufmarsch auf den Straßen von Sofia mit Musik, Fahnen und Feuerwerken. Angemeldet vom „Bulgarischen Nationalbund“, findet man auch hier Ultras der bulgarischen faschistischen und nationalsozialistischen Organisationen, den bulgarischen Zweig von „Blood & Honour“ sowie Vertreter nationalistischer Parteien. Hinzu kommen Teilnehmer von Nazi-Organisationen aus Kroatien, Ungarn, Polen, Italien, Falangisten aus Spanien, rechtsextreme Vertreter aus Frankreich, die Union „Vereinigtes und ethnisch sauberes Europa“, die russische Reichsbewegung und die schwedische Nazi-Bewegung „Nordische Front“.

Anlaufpunkt für deutsche Neonazis

Seit mehreren Jahren gibt es auch eine Beteiligung deutscher Neonazis an diesem Aufmarsch. So wurde die „Freie Kameradschaft Süd“ nicht nur in Budapest, sondern auch in Sofia gesichtet. Für 2018 hatten „Die Rechte“ Dortmund und die JN Niedersachsen per Facebook ihre Teilnahme angekündigt. Beim Marsch selbst wurden gut 30 Neonazis

aus dem deutschsprachigen Raum gezählt, die mit dem Fronttransparent „Gemeinsam für Europa“ als geschlossener Block auftraten. Während der Auftaktkundgebung sprach der Dortmunder Sven Skoda, dessen Rede simultan ins Bulgarische übersetzt wurde. Er warb darin für die Dortmunder Demonstration „Europa erwache“, die im 14. April 2018 stattfand.

Gericht verbietet – Polizei sichert

Der gesellschaftliche Protest gegen den Marsch wurde im Jahr 2018 stärker. Mehr als 175.000 Menschen unterstützten eine Online-Petition zum Verbot der Provokation. Etwa 300 Anhänger der Bulgarischen Antifaschistischen Union (BAU), Mitgliedsverband der FIR, und andere Initiativen der Zivilgesellschaft demonstrierten gegen diese Form des Geschichtsrevisionismus. Selbst diplomatische Vertreter aus Israel, Russland und den USA hatten die bulgarische Regierung aufgerufen, sich dem Spektakel entgegenzustellen. 2017 versuchte die Bürgermeisterin von Sofia, den Aufmarsch durch ein Verbot zu stoppen. Die Neonazis ignorierten es und die Polizei sicherte den Aufmarsch der Rechten, statt das staatliche Verbot durchzusetzen. Im Jahre 2018 verbot die Stadtregierung den Marsch erneut. Diesmal wurde das Verbot vom Obersten Gerichtshof aufgehoben. Dafür wurden jedoch die öffentlichen Proteste gegen die Neonazis in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.
Größere internationale Unterstützung für die Gegner des Lukov -Marsches ist unbedingt nötig. *Ulrich Schneider*

Soldaten einer Eliteeinheit der Ustascha-Miliz (Ustaška vojnica), Foto: wikimedia.org, sowie ein Aufkleber der Sozialistischen Jugend Österreich.

Kärnten „Ustaša-Gedenken“

Jedes Jahr im Mai treffen sich mehrere tausend Rechte bei einer Gedenkveranstaltung am Loibacher Feld/ Libuško polje in Bleiburg/Pliberk in Kärnten zum größten Faschistentreffen in Europa. Sie gedenken der faschistischen kroatischen Ustaša, der Domobrani, der Wehrmacht und der Waffen-SS.

Bis zu 30.000 Teilnehmer

Bei der Gedenkfeier unter Schirmherrschaft der stramm rechten katholischen Kirche Kroatiens und des Vereins „Bleiburger Ehrenzug“ werden von nicht wenigen Anwesenden in Kroatien verbotene – in Österreich bis dato erlaubte – Symbole der Ustaša-Bewegung zur Schau gestellt. Allerdings wurde Ende 2018 eine Verschärfung des österreichischen „Abzeichengesetzes“ in Aussicht genommen, welches nunmehr auch das Tragen des Ustaša-Abzeichens unter Strafe stellt (Ergebnis lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor). Zurück zum Treffen: Nahmen 1990 „nur“ einige hundert (Exil-)Kroaten an der Gedenkfeier teil, waren es ein Jahr später schon 1.100 und 1995 15.000 Personen. Der traurige Höhepunkt wurde 2015 mit 30.000 Teilnehmern erreicht, darunter NPD-Funktionäre und österreichische Neonazis des Netzwerks „Blood & Honour“. Mit der Zahl der Rechten stieg auch der Widerstand der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Zivilgesellschaft und antifaschistische Verbände verfolgen gemeinsam das Ziel, ein Verbot des Treffens zu erreichen. In der zweiten Jahreshälfte 2018 gab es große Bemühungen darum und es scheint, als wäre eine Sensibilisierung der österreichischen katholischen Kirche, die eine wichtige Rolle spielt, gelungen.
Die „Klagenfurter Erklärung“ drückt die Hoffnungen und Absichten der Gegner der Ustaša-Bewunderer aus.

Klagenfurter Erklärung vom 10.11.2018

Unterzeichner: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen, ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, Landesverband Kärnten der österreichischen AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), Mauthausenkomitee Kärnten, Verein Erinnern Villach, Verein Erinnern Gailtal, Partisanenverband Kärnten und Partisanenverbände Italien, Kroatien und Slowenien:

„Mit großer Besorgnis stellen wir fest, dass Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus in Europa dabei sind, salonfähig zu werden bzw. salonfähig gemacht zu werden. In vielen Staaten sind populistische Parteien auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene dabei, zu einem fixen Bestandteil der politischen Landschaften zu werden. Sie werden – wie in Österreich – bereits an der Macht beteiligt oder geben – wie in Italien – als Regierungspartei bereits den Ton an. Rassistische und migrationsfeindliche Tendenzen sind mainstreamfähig geworden und verändern das politische Klima in besorgniserregendem Ausmaß; es ist zu befürchten, dass die extreme Rechte im EU-Parlament von derzeit 35 auf über hundert Mandate anwachsen wird. ...

Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie soziale Verunsicherung, Angst vor Armut und existenzielle Perspektivlosigkeit zunehmen, wie die Verbitterung über das politische System umschlägt in Bereitschaft, nationalistische Demagogie zu akzeptieren und rechtsextreme Parteien zu unterstützen, denen Demokratie wesensfremd ist. Als Sprecher und Sprecherinnen zivilgesellschaftlicher Organisationen des Alpen-Adria-Raumes sowie als Vertreter und Vertreterinnen antifaschistischer Verbände Kroatiens, Sloweniens, Friaul-Julisch Venetiens bzw. Italiens sowie Kärntens bzw. Österreichs wollen wir gegen diesen Rechtstrend Brücken der sozialen Solidarität und Humanität im Sinne des antifaschistischen Erbes Europas errichten, indem wir unsere grenzüberschreitende Kooperation entwickeln und uns gegenseitig unterstützen. Wir rufen die progressive europäische Öffentlichkeit auf, die grenzüberschreitende Kooperation gegen den Neofaschismus und Rechtsextremismus auf dem gesamten Kontinent zu verstärken. Die Generation der Menschen, die noch persönlich den europäischen antifaschistischen Widerstandskampf getragen haben, hat ein Erbe hinterlassen, das uns zu Wachsamkeit, Aktivität und Kooperation verpflichtet.

Was wir lokal in Bleiburg/Pliberk gegen das Ustaša- und Neonazitreffen begonnen haben, wollen wir auch global in Europa fortsetzen: unser Kontinent darf nie mehr ein Kontinent des rassistischen Hasses werden. No pasaràn!“

Gerald Netzl

antifa
SONDERDRUCK
AUSGABE 1/2019

Sonderdruck aus: antifa 1/2019, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
V.i.S.d.P.: Thomas Willms, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

www.vvn-bda.de

VVN-BdA